

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Frau Eid und der Fraktion DIE GRÜNEN

**zur Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Timm, Bahr, Brück, Duve, Dr. Ehmke (Bonn), Gansel, Dr. Glotz, Renger, Dr. Scheer, Dr. Soell, Stobbe, Verheugen, Voigt (Frankfurt), Wieczorek-Zeul, Wischniewski, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksachen 11/2427, 11/3963 —**

Aktivitäten der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei der UNO darauf hinzuwirken, daß

1. die UNTAG auf die ursprünglich geplante Größe von 7 500 Mann verstärkt wird,
2. Chancengleichheit für alle zur Wahl stehenden politischen Parteien zu den Medien in Namibia hergestellt wird, gegebenenfalls durch Errichtung eines eigenen Rundfunksenders,
3. diese die Garantie übernimmt für die Visa-Erteilung von unabhängigen Wahlbeobachtern, die Namibia besuchen wollen,
4. diese als Stellvertreter des Namibia-Sonderbeauftragten der UNO, Herrn Martti Ahtisaari, einen Afrikaner oder eine Afrikanerin entsendet,
5. die UNO eine aktivere Rolle zur Sicherung eines fairen und freien Übergangsprozesses in die Unabhängigkeit Namibias übernimmt und die Entscheidung über die Rückkehr bzw. den Verbleib des südafrikanischen Militärs in den Basen dem UN-Sicherheitsrat vorbehält und nicht der „Gemeinsamen Kommission“ von Angola, Kuba und Südafrika überläßt.

Bonn, den 31. Mai 1989

Frau Eid

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

